Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 80 (1986)
Heft: 6

Artikel: Zum Informationskrieg um Nicaragua : NW-Gespräch mit Roman Berger und Viktor Hofstetter
Autor: Berger, Roman / Hofstetter, Viktor
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143266

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zum Informationskrieg um Nicaragua
NW-Gespräch mit Roman Berger und Viktor Hofstetter

Washingtons Angst vor der Vietnamisierung Zentralamerikas

NW: Viktor Hofstetter, Du bist Provinzial der Schweizer Dominikaner. Als Mitglied der Kommission «Justitia et Pax» Deines Ordens hast Du im vergangenen Februar Nicaragua, Costa Rica und Mexico besucht. Und Du, Roman Berger, bist als Auslandredaktor des «Tages-Anzeigers» im April dieses Jahres in die USA, nach Kuba und nach Mexico gereist. Wir möchten gemeinsam über die Situation in Zentralamerika nachdenken. Im Moment, so scheint mir, hat die psychologische Kriegführung der USA gegen Nicaragua einen besonderen Höhepunkt erreicht. Am 12. Mai sind die Contras sogar an einer Pressekonferenz in Zürich in Erscheinung getreten. Ist mit dem Schlimmsten, mit einer Invasion von US-Truppen in Nicaragua, zu rechnen?

Berger: Washington möchte ein neues Vietnam verhindern. Diese Strategie umfasst zwei Ebenen: Einerseits gilt es, den «Verlust» eines weiteren Verbündeten zu verhindern, andererseits will man aber nicht mehr in die gleiche Falle wie in Südostasien geraten. Zentralamerika ist, wie man im Sportjargon der Amerikaner sagt, «Heimterritorium», im Gegensatz zu Vietnam, wo die USA auf einem fremden Spielfeld kämpfen mussten. Auf einem Heimterritorium aber kommt nur ein Sieg, ein Heimsieg in Frage.

NW: Das ist aber nicht die spezifische Optik der Reagan-Administration, sondern liegt in der Tradition der amerikanischen Aussenpolitik überhaupt.

Berger: Ja, aber von der Reagan-Administration wird diese Tradition wieder bewusst aufgenommen. Es heisst etwa: «Nach der weichen Carter-Administration brauchen wir endlich einen Sieg. Wir müssen unsere Stärke unter Beweis stellen, und das vor allem in unserem traditionellen Einflussgebiet.» So demonstrierten die USA in Grenada und in Libyen ihre Stärke, um die während der Détente-Periode verlorengegangene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

NW: Libyen wäre freilich eine gewaltige Ausdehnung des ursprünglichen Einflussgebietes.

Berger: Genau. Aber das ist ja eben die Reagan-Doktrin, dass sie das amerikanische Einflussgebiet auf die ganze Dritte Welt ausdehnen will. Alle «Verluste», die in den 70er Jahren erfolgt sind, sollen wieder rückgängig gemacht werden. So zum Beispiel Afghanistan, Angola, vielleicht auch Kuba. Nach der Moral dieser Doktrin haben die USA das Recht, alle «Eroberungen Moskaus» zurückzugewinnen. Der für Lateinamerika zuständige Unterstaatssekretär Elliott Abrams hat sinngemäss sogar gesagt: «Wir hätten das moralische Recht, auch Polen zu erobern. Aber wir sind natürlich nicht so verrückt, es zu tun. Dagegen sprechen die Kosten, die politische Opportunität.» Aus moralischer Sicht fühlt sich Washington durchaus berechtigt, alle mit Moskau verbündeten Regierungen zu stürzen. Die Doktrin des «roll back» ist jedenfalls ideologisch wieder da.

Um nun in Zentralamerika ein neues Vietnam zu verhindern, möchte die Reagan-Administration bei der Verfolgung ihrer Ziele ohne massiven Einsatz

der eigenen Streitkräfte auskommen. Man bemüht sich, wie es in Washington heisst, um eine «politische Lösung». Dabei wird mit dem Gegner aber nicht etwa verhandelt. Dieser soll vielmehr mit wirtschaftlichen, diplomatischen und psychologischen Kampfmassnahmen erledigt werden. Militärische Mittel werden zwar auch eingesetzt, aber sie bilden nur noch eine Komponente in diesem vielfältigen Krieg. Das Stichwort heisst «low intensity conflict» (Konflikt von geringem Ausmass). Man will dadurch der Angst in der amerikanischen Bevölkerung vor einem neuen Vietnam Rechnung tragen.

In Nicaragua soll eine sandinistische Alternative vor allem mit politischen Mitteln verhindert werden, weil man weiss, dass eine Unterstützung der Contras allein die Revolution nicht zerstören kann. Vom Wirtschaftsboykott bis zum Informationskrieg reicht das Bündel von Massnahmen, durch welche die Revolution von innen her ausgehöhlt werden soll. Dadurch sollen die Sandinisten in Panik geraten, das Land militarisieren und weitere Repressionsmassnahmen gegen die Opposition ergreifen – eine durchaus erwünschte Entwicklung, die man dann wieder als politische Waffe gegen die Sandinisten einsetzen kann. Am Schluss, wenn die Sandinisten in der Meinung der politischen Öffentlichkeit praktisch erledigt sind, kann Washington allenfalls noch militärisch eingreifen, eine «cleaning operation» (Aufräumarbeit) durchführen. So denken heute vor allem jüngere Strategen, die aus Vietnam lernen wollen und die Che und Mao gelesen haben. Wie das allerdings verwirklicht werden kann, ist eine andere Frage.

Hofstetter: In bezug auf die Vietnamisierung des Konflikts ist es wichtig zu sehen, dass in den USA aussenpolitische Fragen keine Tagesthemen sind – ausgenommen dann, wenn das Volk wirklich betroffen ist. Vietnam wurde zum nationalen Thema, als es in fast allen Städten und Dörfern Leute gab, die auf diesem Kriegsschauplatz einen Vater, Bruder, Cousin usw. verloren hatten. Genau diese politische Sensibilisierung im Gefolge einer Vietnamisierung Zentralamerikas will man verhindern.

Berger: Das heisst, wenn man schon militärische Massnahmen für notwendig erachtet, dann in der Form von «surgical strikes», also kurzen, möglichst unblutigen, operativen Eingriffen. Wie in Libyen erfolgen die Angriffe aus der Luft, jedenfalls ohne Bodentruppen, damit es unter den amerikanischen Soldaten möglichst keine Opfer gibt. Verteidigungsminister Weinberger hat die Bedingungen solcher Militäreinsätze klar umschrieben: Die Operationen müssen kurz sein, sich gegen ein klar definiertes militärisches Ziel richten, von der nationalen und internationalen Öffentlichkeit unterstützt werden, und die Militärs müssen siegen können.

Reagans Kampf gegen die Opposition im eigenen Land

Hofstetter: Es ist aufschlussreich, wie jetzt die Sanctuary-Bewegung von der US-Regierung bekämpft wird. Diese Bewegung hat nämlich gemerkt, dass es nicht genügt, den Flüchtlingen aus Zentralamerika zu helfen, sondern dass die Ursachen dieses Flüchtlingselends bekämpft werden müssen. Und genau da kommt es zum ideologischen Krieg. Die Sanctuary-Bewegung sagt: «Es ist das erste Mal in unserer Geschichte, dass Opfer eines Krieges, den wir führen, in unser Land kommen. Wir haben eine Parallele zu Vietnam. In Vietnam waren es die toten Soldaten, die in Plastiksäcken zurückkamen. Jetzt haben wir die Flüchtlinge, die kommen, und sie will man zum Schweigen bringen.» Wenn die Flüchtlinge nämlich ihre Geschichte erzählen, dann wird es der Bevölkerung bewusst, dass die US-Hilfe in El Salvador und Guatemala diese Flüchtlinge schafft, dann ist aber auch die öffentliche Meinung nicht gegeben, die eine Intervention in Nicaragua unterstützen würde. Hinzu kommt, dass in Nicaragua selbst

sehr viele US-Bürger Entwicklungsarbeit leisten. Jeden Donnerstag demonstrieren US-Bürger vor der amerikanischen Botschaft in Managua gegen die Politik der US-Regierung.

Auf der andern Seite darf aber auch die Macht nicht unterschätzt werden, die der US-Präsident zur Manipulation der öffentlichen Meinung einsetzen kann. Die Leute von der Sanctuary-Bewegung sagen, wenn Reagan eine halbe Stunde ans Fernsehen gehe, dann müssten sie wieder vier Monate Informationsarbeit leisten, um nur einen Teil von dem korrigieren zu können, was er verbreitet. Es gehört ebenfalls zu Reagans Strategie, dass er sich auf die ideologische Kriegführung gegen Nicaragua konzentriert und versucht, El Salvador und Guatemala aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu verdrängen. Was diese Strategie erreicht, zeigte z.B. die Abstimmung über den 100-Millionen-Kredit an die Contras. Jeder, auch der am meisten links stehende Demokrat, der gegen diesen Kredit opponierte, musste sich zuvor öffentlich von der sandinistischen Regierung distanzieren.

Berger: Um Nicaragua zusätzlich zu isolieren, ist nach dem amerikanischen Angriff auf Libyen eine Art von Terrorismus-Connection konstruiert worden: Nicaragua ist ein Alliierter Gaddafis. Man versucht, die Sandinisten ebenso zu kriminalisieren wie Gaddafi zu verteufeln. Es wird ihnen Drogenhandel vorgeworfen, obwohl das niemand beweisen kann. Missliebige Staaten wie Libyen, Nicaragua oder Kuba werden unter dem Oberbegriff «Terrorismus» alle in denselben Topf geworfen. Wer das sandinistische Nicaragua unterstützt, wird so zum Sympathisanten von Terroristen, von Kriminellen, gestempelt. Ja, es gibt sogar eine Gesetzesinitiative im Kongress, die dem Justizminister das Recht einräumen will, eine Regierung wie z.B. die sandinistische als Terror-Regime zu deklarieren und alle, die eine solche Regierung unterstützen würden, wegen Beihilfe zum Terrorismus zu kriminalisieren.

Nicaragua ist im Krieg

NW: *Wenn es, wie Roman Berger eben sagte, die Strategie der US-Regierung gegenüber Nicaragua ist, die sandinistische Regierung in Panik zu versetzen, sie zu immer härteren Repressionsmassnahmen gegenüber der Opposition und zu Menschenrechtsverletzungen zu verleiten, um auf diese Weise auch den mehr oder weniger gewaltsamen Sturz der Sandinisten ideologisch zu legitimieren, dann möchte ich Dir, Viktor Hofstetter, nach Deinem Aufenthalt in Nicaragua die Frage stellen, inwiefern diese strategische Rechnung auch tatsächlich aufgeht, inwiefern also die sandinistische Regierung Gefahr läuft, in diese Falle der Reagan-Administration zu geraten.*

Hofstetter: Ich kann nur bestätigen, was der brasilianische Bischof Pedro Casaldaliga in dem von Euch publizierten Brief (vgl. NW 1986, S. 96ff.) schreibt: Nicaragua ist im Krieg. Wer sich nur in Managua aufhält, sieht das zwar nicht so deutlich. Und selbst wer an die Nordgrenze fährt, kann diesen Krieg nicht so ohne weiteres wahrnehmen. Ich stand an der Stelle, wo drei Wochen später Maurice Demierre und die Bäuerinnen bei einem Contra-Überfall umkamen. Ich war zu Gast bei einer Kooperative, die zwei Kilometer von der Grenze entfernt lebt. Als ich sah, wie die Leute 24 Stunden im Tag Wache schoben, schien mir ihre Vorsicht reichlich übertrieben, wenn nicht hysterisch. Unter dem wunderschönen blauen Himmel in dieser Gegend fragte ich mich: «Wo sehen die denn Krieg?» Drei Wochen später aber kam es hier zu diesem Überfall.

NW: *Die Contra-Seite leugnet jede Beteiligung an diesem Überfall.*

Hofstetter: Das «Argument» der Contras lautet, dass sie in den letzten zwei Jahren in dieser Gegend nicht mehr operiert hätten. Ich selber habe jedoch mit Leuten gesprochen, die mir von fünf ver-

schiedenen Massakern innerhalb der letzten zwölf Monate in dieser Gegend berichten konnten. Fest steht, dass es der Frente Sandinista gelungen ist, sich in dieser Gegend so gut zu organisieren, dass die Contras die offene Auseinandersetzung scheuen und sich durch reine Terrorakte an der Zivilbevölkerung und vor allem an den Verantwortlichen der christlichen Basisgemeinden vergreifen.

Doch zurück zur Frage, wie die Regierung auf die Provokationen der Reagan-Administration reagiert: Es gibt ein Notstandsrecht, das von der Regierung nicht nur mit der militärischen Situation, sondern auch mit wirtschaftlichen Versorgungsschwierigkeiten, ausgelöst durch das amerikanische Embargo, begründet wird. Interessant aber ist hier wiederum der Informationskrieg, der gegen dieses Notstandsrecht geführt wird. Niemand bestreitet, dass es eine Zensur gibt. Das Beispiel von Radio Catolica wird immer wieder erwähnt, um zu zeigen, wie sogar die Kirche verfolgt werde. Tatsache ist, dass der Direktor von Radio Catolica, Bismarck Carballo, ein Priester und zugleich Sekretär von Kardinal Obando y Bravo, seine Sendungen zwar regelmässig der Zensur vorlegte, dann aber doch sendete, was er wollte. Bis es dann zu diesem einen Fall kam, am Neujahrstag, als er statt der Rede des Staatspräsidenten Daniel Ortega den Rosenkranz von Radio Vatikan sendete. Dass das eine Provokation war, geht aus der Tatsache hervor, dass er, noch bevor die Zensurbehörden reagierten, sich selber im Innenministerium entschuldigt hat. Ein anderes Beispiel ist die Oppositionszeitung «La Prensa». Ich habe noch selten eine so aggressive Zeitung gesehen, und dies trotz Zensur.

Berger: Es gibt in keinem zentralamerikanischen Land eine Oppositionszeitung, die sich derart aggressiv gegen das System äussern kann. Sonst sind die Massenmedien im Besitz der Oligarchie. Dabei gilt ein Land wie El Salvador in den Augen des Westens bereits als eine Demokratie.

Die Kirche als «Staat im Staate»

NW: *Die NZZ vom 16. Mai referiert über einen Artikel, den Obando y Bravo für die Washington Post geschrieben hat. Darin soll sich der Kardinal über Zensurmassnahmen gegen den nicaraguanischen Episkopat beklagen und zu einer «Versöhnung durch Dialog» aufrufen.*

Hofstetter: Obando y Bravo nimmt zwar die Bischofskonferenz für sich in Anspruch. Doch von den zehn nicaraguanischen Bischöfen vertreten nur etwa drei bis vier seine Linie. Die andern haben kaum die Möglichkeit, sich von dieser Linie zu distanzieren, weil der Druck u.a. von Rom zu gross ist. Ich erinnere an den Brief des Papstes an die nicaraguanischen Bischöfe vom Dezember 1985, der unter dem Motto stand: Nur Einheit macht stark! Der Kardinal nützt diese Rückendeckung schamlos aus.

NW: *Also müsste man auch einmal über die Zensur innerhalb der katholischen Kirche sprechen.*

Berger: Und über die Rolle von Staat und Kirche in Lateinamerika überhaupt. Der Staat in Lateinamerika war doch jahrhundertelang Privateigentum von Kolonialherren, Caudillos und Diktatoren, die sich um den Aufbau einer modernen Gesellschaft überhaupt nicht gekümmert haben. Man überliess das Volk sich selber oder dann eben der Kirche. Die Kirche ihrerseits versuchte als missionarische Kraft in Kontakt mit dem Volk zu kommen. Sie begann, Schulen zu errichten, Spitäler zu bauen und sogar Kooperativen zu gründen, alles soziale Aufgaben, die der Staat hätte übernehmen müssen. Darum ist die Kirche in Lateinamerika zu einem «Staat im Staate» geworden. Immer dann, wenn der Staat versuchte, moderner Staat zu werden, kam es zu heftigen Konflikten mit der Kirche. Ich erinnere an die sehr blutigen Kämpfe in Mexico. Ich erinnere auch an die liberale Revolution um die Jahrhun-

dertwende in Nicaragua; damals war der Konflikt zwischen Staat und Kirche viel heftiger, als dies heute der Fall ist. Darum darf man diesen Konflikt zwischen Staat und Kirche nicht so sehr als Unterdrückung der Glaubensfreiheit und der Religion sehen, wie das in der Propaganda der USA und der Contras dargestellt wird, sondern es handelt sich um einen Machtkonflikt zwischen zwei Institutionen.

***NW:** Also genau wie in der Schweiz des letzten Jahrhunderts.*

Berger: Genau. Im Kampf um die Schulen liegt der springende Punkt. Eine besondere Provokation bedeutet auch der verdeckte Aufruf der Kirche zur Wehrdienstverweigerung.

***NW:** Zur Wehrdienstverweigerung?*

Berger: In einem Hirtenbrief vom November 1983 wurde die allgemeine Wehrpflicht als Verstoss gegen das Recht auf Dienstverweigerung aus Gewissensgründen kritisiert. Eine weitere Kritik lautete, dass die Bürger Nicaraguas einer «sandinistischen» Armee nicht wirklich dienen könnten, da die Frente Sandinista nur eine Partei unter andern sei. Auch in Predigten wird immer wieder gesagt, die Offiziere seien gottlos, und man könne doch bei gottlosen Offizieren nicht Militärdienst leisten. Das ist natürlich eine Provokation sondergleichen. Was passiert bei uns in der Schweiz, wenn am Fernsehen im «Wort zum Sonntag» ein Militärdienstverweigerer verteidigt wird?

Der Kardinal als Reagans «Freiheitskämpfer»

Hofstetter: Als Obando y Bravo vom Papst zum Kardinal ernannt wurde, hat er seinen ersten Gottesdienst nach der Romreise in Miami mit den Contras gefeiert. Dabei wurde ein Glückwunschtelegramm von Ronald Reagan verlesen, in dem dieser den Kardinal als «Freiheitskämpfer» bezeichnete. Anschliessend ist Obando y Bravo im Triumphzug durch das ganze Land gereist. Dabei hat er sich in die Diözesen anderer Bischöfe begeben, ohne diese vorgängig zu konsultieren. Dass die Kampagne zum Teil von der christlichsozialen Oppositionspartei organisiert wurde, die sich darin auszeichnet, dass sie vor allem den Konflikt in der Kirche schürt, zeigt das politische Kalkül, das dahinter steht.

Berger: Der Nuntius, der immer wieder versucht hatte, einen fairen Dialog zwischen Regierung und Episkopat zustande zu bringen, wurde abberufen und durch einen Hardliner ersetzt. Wie in der Presse berichtet wurde, hat hier der Papst dem Drängen Obandos nachgegeben.

Hofstetter: Noch ein Wort zur «Versöhnung durch Dialog» mit den Contras. Die meisten Leute, mit denen ich gesprochen habe, einfache Leute aus dem Volk und aus der Kirche, darunter auch meine Mitbrüder, sagen, diese «Versöhnung durch Dialog» sei eine Beleidigung für das Volk und nicht einmal nur für die Regierung. Man könne doch nicht mit Somozisten, und das heisst: mit Folterknechten und Henkern des Volkes, einen Dialog aufnehmen. Die Beleidigung besteht aber auch darin, dass der gleiche Obando y Bravo, der einen Dialog mit den Contras befürwortet, seit Jahren den Dialog mit den Priestern, kirchlichen Mitarbeitern und einfachen Christen, die für die Revolution arbeiten, verweigert. Eine Reihe von Priestern haben mir gesagt, dass sie seit Jahren nicht einmal mehr eine Empfangsbestätigung für ihre Briefe erhalten. In der vergangenen Karwoche sind 236 Priester und kirchliche Mitarbeiter in einen Hungerstreik getreten und haben den Palast des Erzbischofs besetzt, um ihn zu einem Gespräch zu veranlassen. Ich habe von meinem Kollegen, dem Provinzial für Zentralamerika, vernommen, dass Obando am dritten Tag sie zwar angehört habe, doch es sei ein «Dialog der Tauben» gewesen, da Obando auf seine Gesprächspartner überhaupt nicht eingegangen sei.

***NW:** Ein Herr Theo Fischer, CVP-Nationalrat aus Luzern, behauptet aufgrund ei-*

ner «Studienreise» mit fünf anderen Nationalratskollegen nach Nicaragua, es gebe hier zwei Kirchen: «die ‚Befreiungskirche' als Propagandainstrument der Sandinisten» und «die unterdrückte Kirche mit Obando y Bravo an der Spitze, die im Volk tief verwurzelt erscheint». «Diese Kirche» sei «die moralische Stütze des Volkes im Kampf gegen die Unterdrükkung» (NZN, 7. Mai 1986). Wie kommt ein Herr Fischer zu solchen Äusserungen?

Hofstetter: Wer spricht in Nicaragua von einer «Parallelkirche»? Nur Obando y Bravo und seine Leute. Im Volk will überhaupt niemand eine Kirche ohne Papst und Bischöfe. Das ganze Gerede von einer «Parallelkirche» hat seinen Ursprung im Besuch des Papstes, der damals gesagt hat, es gebe keine «Volkskirche». Das ist auch so eine Beleidigung: dem Volk zu sagen, es gebe keine «Volkskirche». Und wer sind die Anhänger von Obando? Die Menschen, die zu den sonntäglichen Gottesdiensten eines Obando y Bravo oder eines Bismarck Carballo pilgern, sind Leute aus der Mittelklasse, die jetzt plötzlich zur Kirche gehen und sie für sich vereinnahmen. Dass Obando im Volk verwurzelt sei, ist schlicht eine Behauptung. Wenn Tausende von Personen an seinen Propagandatourneen teilnehmen, ist das noch lange kein Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Die Leute kommen ja nicht wegen Obando y Bravo, sondern weil sie einen Kardinal und Bischof sehen wollen. Mich empört, wie dieses Bedürfnis manipuliert wird.

Ein gefährlicher Loyalitätskonflikt

Berger: Diese Manipulation ist auch gefährlich. Auf dem Land draussen sieht man in vielen Hütten das Bild des Papstes. Wenn das Volk jetzt gezwungen wird, zwischen dem Papst und Obando auf der einen Seite und den Sandinisten auf der andern Seite zu wählen, so entsteht hier ein Loyalitätskonflikt, der als der wohl schwierigste und gefährlichste Konflikt in Nicaragua überhaupt anzusehen ist. Leider wird diese Gefahr auch von den Sandinisten nicht immer erkannt. Viele von ihnen sehen nicht, dass es sich hier um einen historischen Machtkonflikt zwischen Staat und Kirche handelt. Indem sie den Konflikt ideologisch deuten, laufen sie in die Falle von Reagan und Obando.

Hofstetter: Dieser Loyalitätskonflikt wird auch durch das Beispiel von Miguel d'Escoto illustriert. Er, der Priester und Aussenminister, hat uns erklärt, warum er überhaupt dazu gekommen ist, Zeichen des evangelischen Widerstandes zu setzen: zuerst durch seinen 29tägigen Hungerstreik im Juli des Vorjahres in der Kirche der Dominikaner von Managua und dann in der Fastenzeit durch seinen 14tägigen Kreuzweg. Als Bruder Miguel wollte er Obando y Bravo mahnen, seinen legitimen Platz in der Kirche einzunehmen. Darum habe er am Ende des Kreuzwegs, im Schlussgottesdienst, Obando angesprochen und gesagt: «Überleg dir doch einmal, ob das, was du machst, nicht Verrat am Volk ist. Du hast deinen Platz als Bischof und Kardinal, und du hast immer noch die Chance, umzukehren und diesen Platz, der dir zusteht, einzunehmen.» Diese Worte wurden vom «Osservatore Romano» total verzerrt wiedergegeben. Das Vatikanblatt schrieb, d'Escoto habe einen religiösen Brauch zu politischen Zwecken missbraucht und den Kardinal als «Verräter» verunglimpft. Der Kardinal aber habe ihm «christlich vergeben». Das entspricht wiederum nicht den Tatsachen; denn der Kardinal hat nur gesagt: «Miguel d'Escoto ist ein verbitterter, armer Mann. Wir können mit ihm nur Mitleid haben.»

Menschenrechtsverletzungen: Tatsachen und Heuchelei

***NW:** Ich möchte auf den Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen an die Adresse der sandinistischen Regierung zurückkommen. Führer der Opposition sprechen von Mitteln der Einschüchte-*

rung wie Kurzinhaftierungen durch den Staatssicherheitsdienst. Amnesty International erwähnt Schuldsprüche, die auf erzwungenen Geständnissen beruhten. Aber auch die «Tribunales Populares Antisomocistas» entsprechen nicht gerade unseren rechtsstaatlichen Anforderungen an die Gewaltenteilung. Wie beurteilt Ihr die Situation der Menschenrechte in Nicaragua?

Hofstetter: Es gibt in Nicaragua selber zwei Menschenrechtskommissionen: die «permanente», die Obando nahesteht und für sehr viele Falschinformationen verantwortlich ist, und die «offizielle», die von der Regierung eingesetzt wurde, die aber von einem Liberalen, einem Nichtsandinisten, wie er selber immer wieder betont, präsidiert wird, und in der noch weitere unabhängige Persönlichkeiten mitarbeiten. Diese Kommission nimmt sich solcher Fälle an. Jedermann kann bei ihr Beschwerden anbringen. Interessanterweise gibt es seit drei Monaten auch noch eine dritte Menschenrechtskommission, die von den Contras selber in Costa Rica unterhalten wird. Sie möchte angeblich den Beschuldigungen wegen Menschenrechtsverletzungen der Contras nachgehen.

Was im Bericht von Amnesty über Nicaragua steht, das streitet niemand in der Regierung ab. Es gab und gibt Menschenrechtsverletzungen, angefangen von ungerechtfertigten Tötungen in Konfliktsituationen bis zu Schikanen durch den Staatssicherheitsdienst oder übereifrige Beamte. Eines der Probleme ist natürlich, dass in Nicaragua ein grosser Mangel an Fachleuten besteht, und dies vor allem auch im Justizwesen. Hier müssen Dilettanten Aufgaben übernehmen, auf die sie nicht vorbereitet sind. Es ist jedoch Heuchelei, diese Menschenrechtsverletzungen hochzuspielen und auf der andern Seite die Grausamkeiten zu verschweigen, die von den Contras begangen werden, z.B. in den Gebieten der Misquitos, wo ja auch die Regierung grosse Fehler gemacht hat und sie auch offen zugibt. Für mich ist es fast unerträglich, wenn jetzt Schweizer Nationalräte nach El Salvador gehen und sich nicht einmal die Mühe nehmen, die erzbischöfliche Kommission für die Menschenrechte zu konsultieren und einmal zuzuhören, welch grausame Dinge in El Salvador und in Guatemala geschehen.

Berger: Vor einigen Tagen wurde ein oppositioneller Gewerkschaftsführer in El Salvador ermordet. Diese Meldung erschien kaum in der Schweizer Presse. Man stelle sich vor, so etwas würde in Nicaragua passieren. Oder ein oppositioneller Priester würde in Nicaragua ermordet, wie das dutzendfach in Guatemala vorgekommen ist. Von einem Erzbischof wollen wir erst gar nicht sprechen. Ich erinnere mich an das Gespräch mit dem Chef einer international bekannten Menschenrechtsorganisation, der früher in El Salvador arbeitete und heute in Nicaragua tätig ist. Er hat mir bestätigt, wie sehr er im engen Kontakt mit den nicaraguanischen Behörden das Bemühen spüre, dass für die Verwirklichung der Menschenrechte das Möglichste getan werde. Die Behörden versuchten auch, die Gefängnisse soweit herzurichten, dass sie einem menschenwürdigen Standard entsprechen. Ein wichtiger Unterschied zu El Salvador oder Guatemala liegt ferner darin, dass bei Menschenrechtsverletzungen die nicaraguanischen Behörden die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen. In El Salvador üben selbst die Amerikaner vergeblich Druck aus, dass hier endlich einmal die Mörder eines Bischof Romero oder die Mörder der amerikanischen Nonnen und Landwirtschaftsexperten gefasst und bestraft werden.

Hofstetter: In Guatemala, wo die Armee selber zugibt, dass in den vergangenen fünf Jahren 440 Dorfmassaker stattgefunden haben, unternimmt der Präsident einer christlichdemokratischen Regierung nichts gegen die Amnestie für die Militärs, die diese für ihre eigenen Mitglieder kurz vor seiner Amtseinsetzung noch ausgerufen haben. Das ist seine

Antwort auf die Forderungen der Menschenrechtsgruppen, das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären.

Fidel Castro und die grosse Hoffnung auf ein Bündnis von Christen und Marxisten in Lateinamerika

NW: *Roman Berger, welche Eindrücke bringst Du aus Kuba mit? Gibt es hier den Sozialismus, den Ernesto Cardenal 1972 in seinem Reisebericht «In Kuba» beschrieben und wohl auch idealisiert hat: den «Sozialismus», der «es möglich macht, das Evangelium mitten in der Gesellschaft zu leben?» Anders gefragt: Ist Kuba ein mögliches Modell für Nicaragua?*

Berger: Fidel hat den Sandinisten selber gesagt: «Macht nicht die gleichen Fehler, die wir gemacht haben!» Er warnte damit vor der Tendenz, den Sozialismus zu weit zu treiben und alles zu sozialisieren, den letzten Kiosk und den letzten kleinen Laden. Das wäre in Nicaragua wirtschaftlich auch nicht möglich. Die Mahnung an die Sandinisten bezieht sich wahrscheinlich auch auf die Vermeidung jeder neuen Abhängigkeit von der Sowjetunion. Diese Abhängigkeit ist zwar qualitativ eine ganz andere als diejenige von den USA, weil sie Kuba wirtschaftlich weitergeholfen hat; aber es ist doch eine Abhängigkeit, die man einem Nicaragua nicht wünschen möchte. Was den Sozialismus angeht, so ist Kuba, gemessen an der Befriedigung der Grundbedürfnisse, ein vorbildliches Land. Es steht besser da als die sog. entwickelten Länder des Kontinents wie Mexico, Brasilien oder Puerto Rico. Gemessen an der Respektierung der bürgerlichen Freiheiten, kann und muss jedoch Kritik angebracht werden.

NW: *In letzter Zeit bemüht sich Fidel Castro um eine neue Beziehung zu den Kirchen, insbesondere zur katholischen Kirche. Ist das bloss Strategie? Oder ist hier ein echtes Umdenken im Gang? Nur von seiten Fidels oder auch von seiten der Kirche(n)?*

Berger: Ich glaube, es ist alles zusammen. In seinem Gespräch mit dem Befreiungstheologen Frei Betto, das unter dem Titel «Fidel y la religion» erschienen ist (vgl. NW 1986, S. 120f.), nennt Fidel Castro die Revolution ein «Kunstwerk». An diesem Kunstwerk gibt es Schönheitsfehler. Einer dieser Schönheitsfehler ist die Diskriminierung von Kubanern wegen ihres Glaubens. Diesen Schönheitsfehler will er beseitigen. Fidel sucht den Dialog mit den Kirchenleitungen, weil er sieht, dass Kirchen und Christen in Lateinamerika sich an der Revolution beteiligt haben und noch beteiligen. Die Vorstellung, dass Christen natürliche Verbündete der Konterrevolution und der USA seien, hält er für überholt. Im regionalen Kontext erkennt er, dass die Christen im Aufbruch Lateinamerikas eine wichtigere Rolle spielen als selbst die marxistischen Parteien. Er versucht auch, die Propaganda Reagans mit dessen eigenen Waffen zu schlagen. Während Reagan die Sandinisten oder ihn selber als «gottlose Kommunisten» verteufelt, sagt Fidel: «Wir kämpfen für die gleichen Ziele wie die Christen. Wir versuchen daher, mit ihnen zusammenzuarbeiten.» Das hat grosse Wirkung in Lateinamerika und straft die Propaganda der USA Lügen. Wenn seine Politik erst einmal durch einen Besuch des Papstes honoriert würde, wäre das ein Riesenerfolg für Fidel.

Hofstetter: Ergänzend möchte ich anmerken, dass Fidel in seinem Gespräch mit Frei Betto die Notwendigkeit betont, die kapitalistische und imperialistische Propaganda mit der Religion genau zu analysieren. Diese Propaganda mit deren eigenen Waffen schlagen heisst für ihn aufzeigen, dass die Religion nicht zwangsläufig im Dienste des Kapitalismus und des Imperialismus stehen muss.

In Costa Rica war ich eine Woche mit einem Dominikaner aus Kuba zusammen. Aus den Diskussionen mit diesem Mitbruder ging hervor, wie sehr die kubanische Kirche heute einsieht, dass sie

Fehler gemacht hat und dass einer dieser Fehler darin bestand, dass alle sozialen Kämpfe dem Ost-West-Schema eingeordnet wurden. Das führte zum Verrat am eigenen Volk. Fidel seinerseits hat am Beispiel Nicaraguas gesehen, dass Christentum und Sozialismus politisch übereinstimmen können.

***NW:** Auch schon am Beispiel der Christen für den Sozialismus in Chile.*

Hofstetter: Die Zusammenkunft mit den chilenischen Christen für den Sozialismus 1972 und das ökumenische Treffen von Jamaica 1977 haben Fidel erstmals bestätigt, dass die Gleichung Christentum gleich Konterrevolution nicht stimmt. Frei Betto hat Fidel 1980 auf die beiden Gespräche angesprochen. Und dieser gab ihm dabei zur Antwort: «Die Religion, das interessiert mich auch.» Fidel nahm nie eine dogmatische Haltung gegenüber der Religion ein. Auch die kubanische Revolution hatte am Anfang nicht diese antikirchliche Spitze, es war vielmehr die Kirche, die eine antirevolutionäre Haltung einnahm.

Am irischen Fernsehen hat kürzlich ein kubanischer Minister erzählt, wie er bei der Schweinebucht-Invasion als kubanischer Soldat unter den Invasoren seinen ehemaligen Lehrer an der Jesuitenschule, also einen Jesuiten in Uniform, entdeckt habe. Auf seine Frage: «Pater, was machen Sie da?» habe dieser nur geantwortet: «Ich kämpfe für Freiheit und Demokratie.»

***NW:** Welche Bedeutung hat nun eigentlich das Gespräch, das Frei Betto mit Fidel Castro geführt hat, in Lateinamerika, wo es zum Bestseller geworden ist?*

Hofstetter: In Mexico habe ich erfahren, wie weite, auch kirchenfremde Kreise aufmerksam geworden sind auf die grosse Hoffnung, die sich durch ein derartiges Bündnis von Christen und Marxisten eröffnet: die Hoffnung, dass es in Lateinamerika gelingen möge, endlich, nach Jahrhunderten der Unterdrückung durch die Kolonisation, durch die eigene Oligarchie, durch das Militär, durch die Interessen der USA, eine volksnahe Befreiung in Gang zu bringen.

***NW:** Fidel Castro wäre da eigentlich ein Faktor der Evangelisierung.*

Hofstetter: Genau. Im übrigen verbreitet das erwähnte Buch in Lateinamerika und insbesondere in Kuba nicht nur die Ideen Fidel Castros, sondern auch diejenigen Frei Bettos, der hier als einer der grössten Befreiungstheologen gilt, eben weil er nicht ein Mann der Bücher, sondern der Bewegung ist.

***NW:** Viktor Hofstetter und Roman Berger, Ihr versteht es, nicht nur kompetent zu informieren, sondern darüber hinaus auch Mut zu machen. Im Namen unserer Leserinnen und Leser danke ich Euch für dieses Gespräch.*

Nationalrat Richard Bäumlin über die «Informationsreise» von Sager, Fischer und Co. nach Nicaragua

Über den «Ertrag» der von Sager letzten April organisierten «Informationsreise» nach Nicaragua, über die auch an einer Pressekonferenz orientiert worden ist, braucht man sich nun wirklich nicht länger zu verwundern. Die verteilte Dokumentation gibt offensichtliche Unwahrheiten bzw. krasse Fehlurteile befragter Personen wieder (z.B. in Bezug auf die Wahlen von 1984). Der Bericht enthält Anschuldigungen, die wegen ihrer völligen Unbestimmtheit ohne jeden Informationswert sind, wirkt im Ganzen dilettantisch und verrät Ahnungslosigkeit in bezug auf die historische und gegenwärtige Wirklichkeit Zentralamerikas. Gewiss finden sich in ihm auch konkreter gefasste Anklagen, die zu einer seriösen Abklärung Anlass gegeben hätten, was auch die Suche nach allfälliger Gegeninformation in sich geschlossen hätte. Dazu hatte die Reisegruppe, die sich bloss gerade fünf Tage in Nicaragua aufhielt, keine Zeit. . .

(SGB-Pressedienst, 29. Mai 1986)